

Die Winterferien des Reichstages.

Von unserem Berliner Vertreter.

Die Augen aller politisch interessierten Deutschen richten sich heute in gespannter Erwartung auf Berlin, wo in der dritten Nachmittagsstunde der Reichstag zu den entscheidenden Winterferien wieder zusammentritt. Die Tagesordnung der ersten Sitzung ist allerdings wenig belangreich, und es scheint überdies, als wenn die Beratung der wichtigsten Gesetzentwürfe noch nicht so bald vor sich gehen wird. Dies liegt nicht etwa daran, daß die Regierung vielleicht durch das im Plenum eine Niederlage zu erleiden und dadurch zum Rücktritt gezwungen zu werden, sondern ist einfach darauf zurückzuführen, daß die Ausschüsse ihre Arbeiten noch nicht beendet haben. Das Reichsschulgesetz ist ebenfalls durchgearbeitet wie die Strafrechtsreform. Diese also das Landtagsgesetz, und das wird aller Voraussicht nach auch zuerst an die Reihe kommen. Von ihm sind keine großen parlamentarischen Schwierigkeiten zu erwarten. Auch die Strafrechtsreform wird das Plenum allzeit passieren, wenn die für die zweite und dritte Lesung sehr lange Zeit in Anspruch nehmen werden, da voraussichtlich zahlreiche Paragraphen sehr eingehende Ausprüfungen erfordern werden. Die Arbeit im Ausschuss hat aber bereits gezeigt, daß die Regierungsparteien hier fast durchweg derselben Ansicht sind, so daß eine parlamentarische Mehrheit für dieses wichtige Werk deutschen Volkstums auf alle Fälle gesichert ist. Besonders wird die wirtschaftliche Vereinigung wie auch die Demokraten bei den meisten Bestimmungen mit den Regierungsparteien zustimmen.

Anders liegen die Dinge natürlich beim Reichsschulgesetz. Man ist zwar im Bildungsausschuss rascher vorwärts gekommen, als man vielleicht angenommen hatte, und die Verständigung zwischen Volkspartei und Zentrum ist vielfach gar nicht so schwierig gewesen, wie zuerst angenommen wurde. Das kann aber natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, daß man sich noch immer nicht völlig klar darüber ist, ob das Schulgesetz wirklich eine parlamentarische Mehrheit findet. Die Tagung des volksparteilichen Parteivorstandes in Braunschweig, die gestern stattgefunden hat, konnte in dieser Hinsicht auch noch keine volle Klärung bringen. Man kann aber sicher annehmen, daß die zweite Lesung im Plenum noch vor den Weihnachtsferien beantragen wird. Von ihr wird zunächst alles weitere abhängen. Der beim Schulgesetz scheint es nun endlich dazu zu kommen, daß die Entscheidung nicht in den Fraktionsräumen und dem Ausschuss, sondern im Plenarsaal des Reichstages selbst fällt. Es ist von vornherein darauf hingewiesen worden, daß die Volkspartei die Möglichkeit habe, durch Stellung von Amendementen, die von der Opposition unterstützt würden, das Gesetz in ihrem Sinne abzuändern. Die Frage ist dann nur, ob Zentrum und Deutschnationale nicht auf ein derart abgeändertes Schulgesetz lieber verzichten und in der Schulreform abstimmen dagegenwärtigen werden. Der Heine natürlich noch große Schwierigkeiten, doch ist man im allgemeinen noch ziemlich optimistisch, da sich herausgestellt hat, daß die gesamte Reichstagsmehrheit sich mit dem Entwurf der Regierungsvorlage sympathisch gegenüber steht und man somit 20 Stimmen mehr zur Verfügung hat, was eventuell von ausschlaggebender Bedeutung werden kann.

In gewissen Kreisen macht schon wieder das Wort von der „üblichen Weihnachtskrise“ die Runde. Angelegte Revolutionen kommen bekanntlich nie. Wir glauben nicht an diese Krise, da die Reichstagsmehrheit den festen Willen hat, die Strafrechtsreform noch von diesem Reichstag verabschieden zu lassen und das Reichsschulgesetz zustande zu bringen, und — vor allen Dingen — dem deutschen Volk nicht wieder eine Regierungskrise als Angebinde unter den Tannenbaum zu legen.

Paris — Straßburg.

Die großen Probleme der Weltpolitik haben die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit in den letzten Wochen sehr stark von den Dingen abgelenkt, die sich zur Zeit in Elsass-Vorderbringen abspielen. Der schon seit langem von Paris angekündigte Kampf gegen die elsaß-lothringische Heimatbewegung ist bereits mit voller Wucht eröffnet worden. Eine ganze Anzahl von Zeitungen und Zeitschriften in Elsass-Vorderbringen, die sich für diese Heimatbewegung einsetzen, sind von Paris verboten worden. Nicht so sehr die Tatsache dieses Verbotes ist am bedeutungsvollen, als mehr die Begründung, die die Pariser Amtsstellen diesem Verbot unterlegen. Die französische Regierung rechtfertigt ihr Vergehen gegen die in Frage kommenden Zeitungen und Zeitschriften Elsass-Vorderbringen mit dem Artikel 9 des Gesetzes vom 12. Dezember 1908. Dieser Artikel gestattet dem Kabinett, was hier zu beachten ist, auf Grund eines besonderen Beschlusses die in Frankreich in einer fremden Sprache erscheinenden Zeitungen zu unterdrücken. Hiermit stellt sich also das Kabinett Poincaré auf den Standpunkt, daß die Sprache des elsaß-lothringischen Volkes eine Fremdsprache ist. In den Tagen des Zusammenbruchs, als es den französischen Truppen gelang, kampflos in Straßburg einzuziehen, konnte sich die französische Regierung nicht genug tun, das Schöne vom Schönen den „betreten elsaß-lothringischen Brüdern“ zu versprechen. Ihrer Kultur, ihrer Sitte und auch ihrer Sprache wollte die französische Regierung ein sorgfältiger Hüter sein. Nunmehr, kaum neun Jahre nach Friedensschluß, läßt Paris die Waage fallen. Die deutsche Sprache des elsaß-lothringischen Volkes ist eine Fremdsprache. Das Gesetz vom 12. Dezember 1908 gibt der französischen Regierung das Recht, alle Organe, die in dieser Fremdsprache erscheinen, zu verbieten. Die letzten Verbote lassen erkennen, daß Paris nicht abgern wird, von diesem Reichsmittel Gebrauch zu machen. Im übrigen ist festzustellen, daß fast die gesamte Pariser Presse, mit Ausnahme der sozialistischen Organe natürlich, zur Zeit das elsaß-lothringische Volk mit Vorwürfen geradezu überhäuft. Ein Artikel des „Aurore“ geht sogar soweit, auch die Sozialisten im Elsass zu beschuldigen, mit den Autonomisten gegen Frankreich gemeinsame Sache zu machen. Wir wollen es hier unerörtert lassen, ob diese Behauptung des „Aurore“ zutrifft. Jedenfalls wollen wir nicht abgern, diesem französischen Blatt unseren Dank auszusprechen für die Art und Weise, wie er die ehemalige Bage von 1918, die Bage eines „französischen Elsass“, nicht zu stellen versucht.

Weihnachtsgabe der Stadt Berlin.

Der Haushaltsausschuss der Berliner Stadtverordnetenversammlung beschloß gestern, den Kindern sämtlicher Unterstützungsempfänger einschließlich der Erwerbslosen und den in städtischer Fürsorge lebenden Kindern eine Weihnachtsgabe in Höhe von 10 Mark zu Weihnachten zu gewähren. Es kommen rund 150.000 Kinder in Betracht — eine Zahl, die fast 1/4 aller Schulkinder in Berlin erreicht —.

Die „Hamburg“ gesichtet.

X New York. Nach einem Funkpruch vom Dampfer „Hookevelt“ ist der Segler des Kapitäns Ströbel „Hamburg“ gestern früh etwa 600 Meilen von Newport entfernt gesichtet worden. Das Schiff habe signalisiert, an Bord sei alles wohl.

Die Parteien zum Reichsschulgesetz.

Der Zentralvorstand der Volkspartei zum Schulgesetz.

Abg. Braunschweig. In Anwesenheit von über 300 Mitglidern begann gestern Mittag in Braunschweig der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei eine Tagung, die vom Parteivorstandenden, Reichsaussenminister Dr. Stresemann, eröffnet wurde. Zunächst referierte, wie bereits gestern gemeldet, der Reichstagsabg. Dr. Kunze über das Reichsschulgesetz.

In der Ansprache erinnerte Dr. Stresemann daran, daß die Nationalliberalen in der Schulfrage immer einen toleranten Standpunkt eingenommen hätten. Schon vor 25 Jahren habe Prof. Kahl in Eisenach erklärt, daß der Streit über die konfessionelle oder simultane Schulform für die Partei eine mehr taktisch-praktische Frage sei, die nach regionalen Gesichtspunkten sich richtet.

Nach Beendigung der Diskussion wurde einstimmig folgende

Entschließung

angenommen:
Nach einer grundlegenden Darlegung des Reichstagsabgeordneten Dr. Kunze über das Reichsschulgesetz und eingehender Aussprache darüber billigt der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei die Haltung der volksparteilichen Reichsminister, der Reichstagsfraktion und ihrer Vertreter im Bildungsausschuss bei den bisherigen Verhandlungen über die Fassung eines Reichsschulgesetzes.

Die Vorlage eines Reichsschulgesetzes ist in der Reichsverfassung gefordert, an deren Bestimmungen die getragenen Faktoren gebunden sind. Die Deutsche Volkspartei hat die Aufgabe auf der gegebenen Grundlage für eine liberale Ausgestaltung des Schulwesens einzutreten. In Ausführung ihrer auf dem Vespätag Parteitag 1919 programmatisch festgelegten Grundzüge und in Anlehnung an die geschichtliche Entwicklung fordert der Zentralvorstand daher:

1. Neben Sicherung der konfessionellen Bekenntnisschule in ihrer geschichtlich gewordenen Art dauernde Erhaltung der christlichen Simultanische.
2. Angleichung der in der Reichsverfassung bevorzugten Gemeinschaftsschule an die christliche Simultanische.
3. Sicherung der Lehrfreiheit gegen jeden Versuch einer konfessionellen Verengung des gesamten Unterrichts in der Bekenntnisschule.
4. Unbedingte Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Schulsysteme eines Schulverbandes.
5. Volle Aufrechterhaltung der Schulhoheit des Staates auch für den Religionsunterricht.

Die Deutsche Volkspartei, die sich nach den Erklärungen ihrer Minister und der Fraktion die Freiheit der Entscheidung vorbehalten hat, ist nach wie vor bereit, an dem Zustandekommen des Gesetzes mitzuwirken; sie erwartet aber, daß die Reichstagsfraktion nur einem Gesetz zustimmt, das den Forderungen ihres nationalen und liberalen Bildungsideals entspricht.

In der Fortsetzung der Verhandlungen am Nachmittag nahm der Parteivorstandende Reichsminister Dr. Stresemann unter allgemeiner Spannung das Wort zu verdränglichen Ausführungen über die finanzielle und wirtschaftliche Lage. Am Schluß seiner Ausführungen kam er auch auf die Frage etwaiger Neuwahlen zu sprechen und betonte unter stärkstem Beifall den unbedingten Willen zur Erhaltung der absoluten Selbstständigkeit der Deutschen Volkspartei gegenüber anderen Parteien und Verbänden. Der Zentralvorstand bereitet dem Parteiführer eine große Oration.

An der Aussprache beteiligten sich Reichsminister a. D. Dr. v. Kaumer, Regierungsrat Dr. Feder-Hannover, Bergwerksdirektor Brand-Dortmund, Reichstagsabg. Ziel-Berlin, Dr. Krieger jun. Berlin und Direktor Bürger-Ludwigshafen. Die Aussprache ergab die vollkommene Uebereinstimmung in der Auffassung des Zentralvorstandes über den Ernst der wirtschaftlichen und finanziellen Lage, ergab aber auch seine ernste Entschlossenheit, dafür zu

sorgen, daß Deutschland durch eigene Kraft den Weg zur Rettung findet und ergab endlich die entschlossene Bereitschaft aller Kreise der Partei, überall im Reich, in den Ländern wie in den Gemeinden nachdrücklich auf strengste Sparsamkeit zu drängen. Im besonderen untertrieb Reichsminister a. D. Dr. v. Kaumer die Bedeutung einer vorsichtigen und zurückhaltenden Anleihenpolitik. Nach seinem Antrag erfuhr der Zentralvorstand in einer Entschließung die Reichstagsfraktion, zu prüfen, ob nicht die Aufnahme öffentlicher Anleihen jeder Art — einschl. der Anleihen für die in überwiegender Weise der öffentlichen Hand befindlichen wirtschaftlichen Unternehmungen — von der Genehmigung einer Reichssteuer abhängig gemacht werden muß.

In seinem Schlußwort betonte Reichsminister Dr. Stresemann als Parteiführer die Bedeutung dieser Uebereinstimmung für die Politik der Partei und des Reiches. Zugleich sah er in dieser Einmütigkeit eine gute Overtüre für einen strengen Wahlkampf. Die Politik der Verantwortung habe sich, zumal auf lange Sicht gesehen, immer als die beste erwiesen.

Damit schloß die Sitzung des Zentralvorstandes in Braunschweig. Erneuter immer wieder einleitender lebhafter Beifall hatte wiederholt seine Schlußworte unterbrochen.

Die demokratische Reichstagsfraktion zum Schul-Gesetz.

Abg. Berlin. Die demokratische Reichstagsfraktion hielt am Montag abend eine Fraktionsitzung ab, in der der Vorsitzende, Abg. Koch-Weser, über die politische Lage referierte.

Nach weiteren Referaten der Abg. Frau Dr. Bäumer und des Abg. Schuldt wurde zum Schul-Gesetz einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es heißt, daß die Demokraten dem bisherigen Ergebnis der Ausschussverhandlungen mit äußerster Vorsicht gegenüberstehen. § 1 des Gesetzes gebe in der jetzt angenommenen Fassung die Staatshoheit über die Schule preis, indem er den Staat auf Aufsichtsbezugnisse nach Art. 120 der Reichsverfassung einschränke. An die Stelle von Staat und Gemeinden als entscheidende Instanzen würden kulturpolitische Parteien von Erziehungsberufen gesetzt. Die Beschlüsse über die Bekenntnisschule, wonach die Schule nicht nur nach Konfessionen, sondern nach Konfessionsgruppen, z. B. lutherisch, reformiert usw., zu benennen ist, charakterisieren die künftige Volksschule noch mehr als die Vorlage als Pirkenschule und würden die preussische Volksschule in die Zustände vor dem Volksschulunterhaltungs-Gesetz zurück. Die Volksschule werde dem Staat immer mehr entzogen und konfessionellen und politischen Parteien überantwortet. Als liberalen und nationalen Kreise des deutschen Volkes müßten durch entscheidenden Protest den verhängnisvollen Gang der Verhandlungen aufhalten und die Volksschule vor der inneren und äußeren Zerstörung bewahren.

Der Deutsche Landgemeindevorstand zum Reichsschulgesetzentwurf.

Abg. Mitt. Rücksicht auf den politischen Charakter des Reichsschulgesetzentwurfs hat der Deutsche Landgemeindevorstand von einer grundsätzlichen Stellungnahme zu dem in dem Entwurf behandelten Weltanschauungsfragen Abstand genommen. Er war jedoch der Auffassung, daß durch die geplante Neuordnung auf dem Gebiet des Schulwesens die sonst unangünstige Finanzlage der Landgemeinden nicht beeinträchtigt werden dürfe. Seine Forderung geht dahin, daß in den Ausführungsbestimmungen der Länder, falls der Entwurf Gesetz werden sollte, den Gemeinden ein Mitwirkungsrecht, insbesondere beim Genehmigungs- und Aufsichtsverfahren, eingeräumt werde.

Die Vorbereitungen zur Abrüstungskonferenz.

Genf. (Telunion.) Gestern ist hier ein Mitglied der sowjetrussischen Delegation für die vorbereitende Abrüstungskommission, Schapiro, eingetroffen, um für die Delegation Quartier zu machen. Man erwartet, daß die sowjetrussische Delegation am 26. November in Berlin und am 29. Nov. in Genf eintreffen wird. Die Tagung der vorbereitenden Abrüstungskommission beginnt bekanntlich am 30. November. Ob die Tagung, wie im Völkerverbundsekretariat vorgesehen, am 3. Dezember bereits beendet sein wird, wird lebhaft in Zweifel gezogen, da man infolge der Teilnahme der russischen und auch der amerikanischen Delegierten lebhaft grundsätzliche Debatten über die allgemeinen Abrüstungsfragen und insbesondere über die bisherige erste Lesung des Konventionentwurfes erwartet. Es dürfte deshalb nicht ausgeschlossen sein, daß die Tagung der Abrüstungskommission in die erste Dezemberwoche hineinzuziehen wird, sobald in Genf zu gleicher Zeit die Tagungen des Völkerverbundesrates und der vorbereitenden Abrüstungskonferenz stattfinden werden.

Die deutsche Delegation für die vorbereitende Abrüstungskonferenz.

Berlin. (Funkpruch.) Der Beginn der Beratungen der vorbereitenden Abrüstungskommission in Genf ist für Mitte nächster Woche angelegt worden. Deutschland wird auf dieser Konferenz wiederum durch den Vorkämpfer Graf Bernstorff vertreten sein. Die deutsche Delegation, die Graf Bernstorff führt, besteht aus Geheimrat Weisfäcker vom Auswärtigen Amt, Oberst von Bütticher vom Reichswehrministerium und Admiral Freilich von Freilich von der Reichsmarinleitung.

Zu den deutsch-polnischen Vertrags-Verhandlungen.

Abg. Berlin. Nach Abschluß der Besprechungen über die Abberufungsfragen, die in Warschau geführt worden sind, wurde dem polnischen Delegierten zugelegt, daß die deutschen Wünsche für die Handelsvertragsverhandlungen schriftlich überreicht werden würden. Diese Uebereinstimmung der deutschen Wünsche ist am Sonnabend erfolgt. Die Antwort der polnischen Regierung darauf wird sofort erwartet. Nach dem bisherigen Verlauf kann man sagen, daß die mündlichen Besprechungen in Berlin sich befriedigend gestaltet haben, und es besteht die Hoffnung, daß die polnische Gegenüberung es ermöglichen wird, die Besprechungen in Berlin bald abzuschließen, um zu einer Klärung der darin behandelten Fragen zu kommen. Neben den allgemeinen Besprechungen hat noch eine Sonderverhandlung über die Holzfragen stattgefunden. Die Polen haben ein

großes Interesse an ihrer Holzansuhr, und wir haben hier der Rundholz ausgeführt, wünschen jetzt aber an die Stelle des Rundholzes das Schnittholz setzen zu können. Die Besprechungen darüber müßten aus technischen Gründen beschleunigt werden, weil jetzt die Holzansuhr aus Polen beginnt. Auch diese Verhandlungen sind befriedigend verlaufen, aber noch nicht zum Abschluß gelangt. Selbstverständlich müssen die Polen für Jugendschnitzholz in Bezug auf die Schnittholzansuhr nach Deutschland andere Zugeständnisse für Deutschland machen.

Demission des belgischen Kabinetts.

Brüssel. (Telunion.) Der belgische Ministerpräsident Jaspars hat gestern abend dem König die Gesamtdemission des Kabinetts unterbreitet. Die Demission ist die Folge von grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten über die Dauer der Webrpflicht. Ministerpräsident Jaspars schlug in dem heutigen Kabinettsrat vor, diese Frage einer gemischten Kommission zu unterbreiten, was die sozialistischen Mitglieder mit aller Entschiedenheit ablehnten. Eine Einigung in dieser wichtigen Frage konnte nicht erzielt werden. Es wird erwartet, daß der König Jaspars mit der Umbildung des Kabinetts beauftragen wird. Ansehts der bestehenden Schwierigkeiten hält man jedoch auch eine Auflösung der Kammer für möglich.

Brüssel. In politischen Kreisen glaubt man, daß wenn der König Jaspars wiederum mit der Bildung des Kabinetts betrauen sollte, das neue Ministerium ziemlich schnell gebildet werden könnte. Es würden dann zu den Mitgliedern der katholischen Partei und der Liberalen der bisherigen Regierung zwei Mitglieder der Liberalen und zwei Mitglieder der demokratisch-christlichen Gruppe treten. In diesem Falle würde das Kabinett noch in dieser Woche gebildet werden können.

Die Auflösung des polnischen Parlaments.

Warschau. Vizeministerpräsident Dr. Dardel bekräftigte in einer einem Pressevertreter gewährten Unterredung, daß Sejm und Senat am 28. d. Mts. mit Ablauf der Legislaturperiode durch Regierungsbefehl aufgelöst werden. Die Neuwahlen würden dann im Februar stattfinden.

Der Vorkonferenzrat des Reichstages

ist zum Mittwoch einberufen worden, um den Arbeitsplan des Reichstages für die Weihnachtsferien festzusetzen.